

STRUKTURPROBLEME IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Gedanken zur gegenwärtigen Situation

Am 7. April 1992 ist im niederländischen Maastricht der Vertrag über die Europäische Union vom Europäischen Rat unterzeichnet worden. Vordergründiges Ziel war, durch Angleichung der Wirtschaftsstrukturen und generellen Abbau von innerhalb der Gemeinschaft bestehenden Handelshemmnissen die internen Absatzmärkte zu erweitern. Darüber hinaus war durch eine koordinierte Handelspolitik auch der Ausbau der Absatzmärkte außerhalb der Union vorgesehen.

Vor allem die in ihren wirtschaftlichen Entwicklungen zurückgebliebenen Länder sollten aufholen. Das ist aber in der Folgezeit nicht erreicht worden; ganz im Gegenteil: Die Diskrepanzen in den Produktionsstrukturen zwischen den europäischen Kernländern – beispielweise Deutschland und Österreich – und den Ländern der südlichen Sphäre – wie Italien und Spanien – bestehen weiterhin. In Griechenland stagniert die Wirtschaft auf tiefem Niveau. Die ausbleibende Konvergenz ist aus heutiger Sicht auf das Fortbestehen der strukturellen Starrheiten im Wirtschaftsgefüge der schwachen Länder und den dadurch ausbleibenden notwendigen Produktivitätsteigerungen zurückzuführen. Diese Entwicklungen, die man damals zur Geburtsstunde der Europäischen Union noch nicht vorhersehen konnte, erweisen sich heute durch die differenzierten Strukturprobleme als die größten Gefahrenmomente für das Fortbestehen der Währungsunion.

In den Gremien der Europäischen Union wird seit langem darüber diskutiert, welchen wirtschaftspolitischen Kurs vor allem die schwachen EU-Länder einschlagen sollen. Einerseits wird eine sparsame Haushaltspolitik empfohlen, um zunächst die hohen Bestände an Staatsschulden zu reduzieren und damit zukünftig mehr Spielraum für wachstumsfördernde Maßnahmen zu erlangen. Zumindest wird ein ausgeglichener Staatshaushalt gefordert (Brüssel). Dem gegenüber wird von anderer Seite (Rom) eine lockere Haushaltspolitik empfohlen, damit die lahrende Wirtschaft dieser Länder wieder in Gang kommt.

Es ist eine Erfahrungstatsache, dass, wenn Handelshemmnisse abgebaut werden und sich dadurch die Absatzmärkte erweitern, davon vor allem die bereits am Markt gut etablierten Unternehmungen profitieren. Denn sie sind es, die durch ihre bereits bestehenden Marktkontakte das Angebot hochwertiger und marktgerechter Produkte zeitnah auf die sich ständig ändernden Absatzbedingungen ausrichten können. Bei steigendem Absatz, Umsatz und Liquiditätszufluss werden sie in die Lage versetzt, die durch Forschung und Entwicklung entstehenden hohen Fixkosten auf mehr Absatzeinheiten zu verteilen, so dass im Endergebnis ihre Durchschnittskosten sinken und sie in die Lage versetzen, eine konkurrenzstarke Preispolitik zu betreiben.

„Wer hat, dem wird gegeben!“ In der Volkswirtschaftslehre spricht man in diesem Zusammenhang zuweilen vom ‚*Internen Kolonialismus*‘. Darunter wird eine Politik in einem Land oder – wie hier – in einer Gemeinschaft von Ländern verstanden, durch welche die produktivitätsstarken und ertragreichen Unternehmungen gegenüber den wirtschaftsschwachen Marktteilnehmern begünstigt werden. Im Zusammenhang mit der

vorliegenden Problematik soll mit diesem Slogan zum Ausdruck gebracht werden, dass die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft durch ihre global angelegte Politik die Notwendigkeit einer differenzierten Industriepolitik ignorieren. Mit anderen Worten: In Ländern an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung muss die Industriepolitik anders angelegt werden als in Ländern mit einer schwachen Wirtschaft. Zur Förderung der schwachen Wirtschaft dieser Länder bedarf es gezielter, grundlegender Reformen, wodurch deren Produktivität und Wachstum nachhaltig gefördert wird. Nur, welche Maßnahmen diese Reformen konkret vorsehen müssen, das kann nur im Einzelfall unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen des Landes konkretisiert werden.

Mai 2019

Manfred O. E. Hennies (10.09.1938–18.10.2019)
Kiel/Warder,
Deutschland

Matti Raudjärv
Tallinn/Pirita-Kose und Pärnu,
Estland

P. S.: Der vorliegende Artikel, dieses Mal tatsächlich nur ein Kurzartikel, war der letzte, der uns aus der Hand des ehrenvollen Prof. Emerit. Dr. rer. pol. Manfred Oskar Eitel Hennies erreichte. Der Unterzeichnende hat die Ehre gehabt, als Mitautor zu fungieren, so wie auch früher etliche Male unsere gemeinsamen Artikel und gemeinsames Buch erschienen sind. Dabei war die Rolle von Manfred wesentlich grösser als die vom Unterzeichnenden. Ob in unserer Zeitschrift noch weiterhin dieser Art sog. „Gedanken zur gegenwärtigen Situation“ erscheinen werden, ist noch zu früh zu vermuten. Wenn doch, dann leider schon ohne Manfred. Ich glaube jedoch, dass der eine oder andere erscheinen wird, sei es denn nur als Erinnerung an ihn als Autor und Unterstützer unserer Zeitschrift, oder ebenso als an einen aktiven Initiator von unseren Konferenzen in Värska!

Wir werden es sehen!

11. November 2019

Mit Hochachtung
Matti Raudjärv